

und bestens mit den jeweiligen lokalen Bedingungen vertraut sei, als Informationsquelle genutzt werden, um jedes Anzeichen einer terroristischen Bedrohung im Keime zu ersticken.

Eine Bedrohung stelle der Terrorismus nicht nur als solcher durch seine eigenen Angriffe auf das Gemeinwohl und die staatliche Ordnung dar. Vielmehr hätten hegemonistische Staaten in der jüngeren Vergangenheit vermehrt die ethnischen und religiösen Widersprüche eines Landes zum Vorwand für die Einmischung in die inneren Angelegenheiten genommen. China sei als multiethnischer Staat dieser Gefahr ebenfalls unmittelbar ausgesetzt. China sei bedroht durch feindliche Kräfte im Ausland, die Anstrengungen zur „friedlichen Evolution“, „Verwestlichung“ und zur „Spaltung“ des Landes unternähmen. Mit Unterstützung dieser feindlichen ausländischen Kräfte könnten sich die „nationalistischen Extremisten“ und „Spalter“ im Inland ermutigt sehen, „mit Feuer zu spielen“. Daher sollte die Abwehr der nationalen Spaltung zum Kernbereich der Aufgaben der chinesischen Streitkräfte gemacht werden. (JFJB, 23.4.02, nach FBIS, 25.4.02; JFJB, 23.4.02, nach FBIS, 26.4.02) -kg-

Innenpolitik

13 Politische Reaktionen auf anhaltende Arbeiterunruhen

Die groß angelegten Arbeiterproteste in Nordostchina und anderen Landesteilen (vgl. C.a., 2002/3, Ü 10), die seit Anfang März die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit auf sich gezogen hatten, haben inzwischen vielfältige, zum Teil widersprüchliche Reaktionen der staatlichen Instanzen hervorgerufen.

Zwar sind keine weiteren Unruhen von einer ähnlichen Größenordnung wie diejenigen in Daqing (Provinz Heilongjiang) und Liaoyang (Provinz Liaoning) bekannt geworden, wo im März mehrere zehntausend Arbeiter gegen ausbleibende Gehalts- bzw. Abfindungszahlungen, gegen Korruption

und politisches Versagen der Lokalregierungen protestiert hatten (vgl. ebenda). Allerdings haben der Einsatz paramilitärischer Kräfte und die Festnahme von mehreren Arbeiterführern in den beiden Städten dazu geführt, dass dort immer wieder Proteste kleinerer Gruppen gegen die Kriminalisierung spontan gebildeter Gewerkschaften und für die Freilassung der Verhafteten aufflackerten. Noch in der letzten Aprilwoche standen in Liaoyang Arbeiteraktivisten im Konflikt mit der örtlichen Polizei. Letztere verlangte, dass die Namen der Organisatoren der Proteste benannt würden, die sich gegen Korruption und die Verhaftung von fünf lokalen Arbeiterführern richteten (AFP, 23.4.02, nach FBIS, 23.4.02).

Auch aus anderen Landesteilen wurden im Lauf des März und April weitere Arbeiterunruhen kleineren Maßstabs bekannt, die in einigen Fällen ebenfalls den Einsatz von Polizei und paramilitärischen Kräften provozierten. So sollen noch in der zweiten Märzhälfte in Fushun und Fuxin, zwei Städten der nordostchinesischen Provinz Liaoning, jeweils rund 3.000 Bergleute Eisenbahnlinsen besetzt haben, um gegen ausbleibende Gehalts- bzw. Pensionszahlungen zu protestieren; erst durch massive Aufgebote bewaffneter Polizeitruppen konnten die Proteste aufgelöst werden. Ebenfalls bereits in der zweiten Märzhälfte sollen in der Bezirksstadt Guangyuan in der südwestchinesischen Provinz Sichuan Sicherheitskräfte die Streikpostenkette von Arbeiter einer Textilfabrik gewaltsam aufgelöst und rund ein Dutzend der Streikenden festgenommen haben. Anfang April wurde aus Dongguan in der südostchinesischen Provinz Guangdong und aus Guiyang in der südchinesischen Provinz Guizhou von Unruhen berichtet, an denen sich jeweils über tausend Personen beteiligten. In Dongguan protestierten Arbeiter einer Spielzeugfabrik gegen Entlassungen und ausstehende Gehaltszahlungen, in Guiyang Pensionäre einer Stahlfabrik gegen unzulängliche Sozialleistungen. Nach entsprechenden Zusagen der Lokalregierungen, den Forderungen durch entsprechende finanzielle Leistungen nachzukommen, in Dongguan auch nach Einsatz polizeilicher Gewalt, bei dem zehn Protestie-

rende verletzt worden sein sollen, lösten sich die Unruhen hier nach kurzer Zeit wieder auf (vgl. <http://iso.chinablabour.org.hk>, Meldungen vom 4., 10., 17., 23.4.02; <http://iso.hrchina.org>, Meldung vom 24.4.02; WSJ, 25.3., 4., 8.4.02; *Hong Kong iMail*, 30.3.02; SCMP, 8., 9., 18., 24.4.02).

Wie zuvor ist es äußerst schwierig, sich einen Überblick über die zahlreichen größeren und kleineren Protestaktionen im ganzen Land zu verschaffen. Die offiziellen chinesischen Medien berichten über die Arbeiterunruhen nicht oder nur sehr andeutungsweise; ausführlichere Meldungen werden vielmehr über Menschenrechts- und Gewerkschaftsorganisationen in Hongkong und im Ausland verbreitet. Die erhöhte internationale Aufmerksamkeit, die sich derzeit auf Arbeiterproteste in China richtet, mag teilweise auch zu einer gewissen Überzeichnung des Phänomens führen, da kleine sporadische Proteste, die sich seit Jahren in vielen Landesteilen immer wieder ereignen, nun umgehend starken publizistischen Widerhall finden.

Angesichts der intransparenten Informationslage fragt sich auch, ob und wie die Protestierenden in den verschiedenen Provinzen miteinander kommunizieren. Dass eine Abstimmung stattfindet, legt die zeitlich dichte Folge von Protestaktionen nahe. Wie der in Hongkong tätige Gewerkschaftsaktivist Han Dongfang argumentiert, wird die überregionale Kommunikation durch die modernen Telekommunikationstechniken erheblich erleichtert. Dazu komme, dass gerade etwa im petrochemischen Bereich die Arbeitskräfte oft aus anderen Landesteilen rekrutiert bzw. versandt werden und damit über weit gespannte familiäre und persönliche Netzwerke verfügen. Bezeichnend für diesen Umstand ist die Tatsache, dass in den vergangenen Wochen kleinere Protestaktionen von jeweils mehreren hundert Ölarbeitern aus den Provinzen Gansu, Hebei und Shandong bekannt wurden, die allesamt von Tochterunternehmen des Erdölgiganten China National Petroleum Corporation ausgingen, der auch die Ölfelder in Daqing betreibt (IHT, 25.4.02).

Die Reaktionen verschiedener staatlicher Instanzen auf die Arbeiterunruhen fallen sehr vielfältig aus. Auf

Provinz- bzw. lokaler Ebene sehen sich die Regierungen einem wachsenden Druck von Seiten der Zentralregierung ausgesetzt, die Unruhen durch geeignete Kombinationen von finanziellen Zuwendungen an die Arbeiter und den Einsatz polizeilicher Gewalt – also mittels der bewährten Strategie von „Zuckerbrot und Peitsche“ – möglichst im Keim zu ersticken und nicht an die Öffentlichkeit dringen zu lassen. Zugleich aber dürften für einige Provinzregierungen durchaus Anreize bestehen, genau dies nicht zu tun, sondern die Proteste vielmehr vorübergehend stillschweigend zu dulden und die Aufmerksamkeit der zentralen Führung auf die lokale Problemsituation zu lenken, um in den Verhandlungen mit Beijing über die fiskalische Mittelverteilung ihrerseits ein Druckmittel zu erhalten. Eine solche Taktik der Instrumentalisierung von Arbeiterprotesten zur Legitimation finanzieller Forderungen an die Zentralregierung lässt sich insbesondere den Regierungen solcher Provinzen unterstellen, in denen die Wirtschaft nicht, wie in den südostchinesischen Provinzen, floriert, die aber auch nicht, wie die in das staatliche Entwicklungsprogramm zum „Aufbau West“ einbezogenen zwölf Provinzen West- und Zentralchinas, in den Genuss gezielter staatlicher Förderinitiativen kommen.

Auch von Vertretern der Ministerialbürokratie in denjenigen Sektoren, die nach wie vor von staatlichem Unternehmenseigentum dominiert werden, also vor allem in der Schwerindustrie, kann ein ähnliches Verhalten erwartet werden: Ihnen dürften die Arbeiterunruhen ein willkommenes Argument liefern, um die Reform der Staatsunternehmen zu verlangsamen. Tatsächlich wurde Ende April gemeldet, dass von Seiten des Staatsrats eine interne Anweisung ergangen sei, vorerst keine weiteren Arbeiter aus Staatsbetrieben freizusetzen (HB, 26.4.02). In jedem Fall dürfte es dem Druck einzelner Provinzregierungen zu verdanken sein, dass den Themen Arbeitslosigkeit und soziale Sicherung inzwischen ein sehr hoher politischer Stellenwert eingeräumt worden ist. Auch die Agenda des für den Herbst 2002 anberaumten XVI. Parteitags dürfte von diesen Themen bestimmt werden.

Deutlich offensiver als bisher fallen die Reaktionen der zentralen Führung auf

die Arbeiterunruhen aus. Offenbar in dem Bemühen, das Vertrauen der heimischen Bevölkerung, aber auch des Auslands in die eigene wirtschafts- und sozialpolitische Steuerungskapazität aufrechtzuerhalten bzw. wiederzugewinnen, sind die zentralen parteistaatlichen Instanzen nun auch auf offizieller Ebene dazu übergegangen, bestehende Probleme relativ offen und kritisch anzusprechen – ohne freilich die Arbeiterunruhen selbst beim Namen zu nennen. Nachdem Ministerpräsident Zhu Rongji bereits anlässlich der Plenartagung des Nationalen Volkskongresses im März die politische Aufmerksamkeit auf die so genannten „benachteiligten Gruppen“ der Gesellschaft und das damit verbundene Unruhepotenzial gelenkt hatte (vgl. C.a., 2002/3, S.266-274), wurde die offizielle Problematisierung der sozialen Missstände seither weiter intensiviert. Im Verlauf des April waren hohe Regierungsvertreter auf Reisen in verschiedene Landesteile immer wieder mit eindringlichen Appellen an die Adresse der lokalen Regierungen zu vernehmen, dem Problem der Arbeitslosigkeit und der mangelnden sozialen Sicherung entschlossen zu begegnen; auch die Zentralregierung würde alles in ihren Kräften Stehende tun, um die schlimmsten sozialen Notstände zu lindern.

Ende April schließlich trat der Stellvertretende Minister für Arbeit und soziale Sicherung Wang Dongjin mit der Meldung an die Öffentlichkeit, dass die Arbeitslosenrate in den Städten sich in den kommenden vier Jahren verdreifachen könnte: Zu den 6,8 Mio. bereits offiziell registrierten Arbeitslosen (Ende 2001) würden mindestens weitere 5 Mio. bisher als „betriebsintern freigesetzt“ (*xiagang*) bezeichnete Personen treten, die bislang Anspruch auf eine soziale Mindestsicherung von ihren Betrieben hatten. Ferner übersteige das in den kommenden Jahren zu erwartende jährliche nachwachsende Arbeitskräftepotenzial von 12-13 Mio. Personen die jährlich rund 8 Mio. neuen Arbeitsplätze, mit deren Entstehung man in den nächsten Jahren rechnen könne. Dennoch würde die Regierung versuchen, die städtische Arbeitslosenrate unter 5% zu halten (*China Daily*, 29.4.02).

Am selben Tag publizierte der Staatsrat ein Weißbuch zur Beschäfti-

gung und sozialen Sicherung (Xinhua, 29.4.02, nach BBC PF, 30.4.02; auch in WSJ, 29.4.02). Darin werden verschiedene Strategien für die Schaffung neuer Arbeitsplätze, die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, eine bessere Ausbildung der Arbeitskräfte und eine effizientere Arbeitsvermittlung sowie für den Ausbau eines landesweit funktionsfähigen betriebsunabhängigen Systems sozialer Sicherung formuliert (Renten-, Kranken-, Arbeitslosenversicherung und soziale Mindestsicherung; zu den Details s. Übersicht in der Rubrik „Binnenwirtschaft“ unten). Das Weißbuch verdeutlicht einerseits, dass die Probleme erkannt sind und ansatzweise auch Rezepte zu deren Lösung zur Verfügung stehen. Andererseits wirft es aber Zweifel auf, inwieweit die veranschlagten Maßnahmen finanziell realisierbar und außerdem geeignet sind, das soziale Unruhepotenzial abzubauen.

So lässt sich etwa beobachten, dass das Vertrauen der Bevölkerung in die neu entstehenden sozialen Sicherungssysteme – und damit auch die Bereitschaft, signifikante Teile des persönlichen Einkommens für entsprechende Beiträge zu opfern – teilweise sehr schwach ausgeprägt ist. Besonders deutlich wird dies etwa in der Provinz Liaoning, die im Jahr 2001 zur Pilotregion für ein ambitioniertes staatliches Programm der sozialen Sicherung erklärt wurde. Wie im Zusammenhang der jüngsten Arbeiterproteste in dieser Provinz deutlich geworden ist, empfinden viele Erwerbstätige die staatlichen Beitragsforderungen in ihrer ohnehin sehr schwierigen Einkommenssituation als eine extreme Zusatzbelastung. So scheint sich der Unmut immer häufiger auch gegen die wachsenden Sozialbeitragsforderungen zu richten. Auch scheint zunehmend Sorge und Ungewissheit darüber zu bestehen, wie die entsprechenden Beitragsfonds verwaltet werden und ob sie nicht zum Gegenstand von Korruptions- und Spekulationsaktivitäten werden könnten. Angesichts der erheblichen intertemporalen Zahlungsströme, die mit einem übergreifenden staatlichen System sozialer Sicherung verbunden sind, dürfte es kein Leichtes sein, hier ein ausreichendes „Systemvertrauen“ zu etablieren. Solange dies nicht geschieht, wird der

Aufbau eines sozialen Sicherungssystems aber eher als Teil des Problems denn als dessen Lösung wahrgenommen werden.

Schließlich kann die Frage gestellt werden, ob unter Teilen der städtischen Arbeitskräfte nicht inzwischen eine Politisierung eingesetzt hat, die sich durch Maßnahmen der materiellen Sicherung nicht mehr stillen lässt. So wurde jüngst in einem Artikel einer Hongkonger Gewerkschaftsorganisation argumentiert, dass der Ausbau des sozialen Sicherungssystems an den politischen Forderungen der jüngsten Arbeiterproteste vorbeigehe, die in der Zulassung unabhängiger Gewerkschaften bestehen. Solange die organisierte Vertretung von Arbeiterinteressen als illegal gelte und gegebenenfalls durch den Einsatz staatlicher Gewaltmittel bekämpft werde, stellten staatliche soziale Sicherungen eine weder legitime noch angemessene Lösung der bestehenden Probleme dar (www.ihlo.org, *Monthly News Bulletin*, 24.4.02).

In jedem Fall wird aus der Debatte deutlich, dass die Zentralregierung den sozialen Frieden in den kommenden Jahren um einen immer höheren Preis wird erkaufen müssen. Den wachsenden finanziellen Verpflichtungen, die der Fiskus zur Linderung nachhaltiger sozioökonomischer Probleme eingeht, stehen schrumpfende Vermögenswerte im staatlichen Unternehmenssektor gegenüber, die mit der Verzögerung struktureller Reformen weiter schwinden dürften (vgl. SCMP, 22.4.02). -hol-

14 Dritter Jahrestag der Falungong-Protteste

Am 25. April jährten sich die groß angelegten Proteste von rund 10.000 Falungong-Mitglieder im Zentrum Beijings zum dritten Mal. War es im Vorjahr noch mehreren Dutzend Anhängern gelungen, auf dem Tiananmen-Platz gegen das Verbot der Bewegung zu demonstrieren, berichtete die internationale Presse in diesem Jahr nur von einer einzigen Person. Einer Chinesin mittleren Alters war es gelungen, durch ein auf dem Tiananmen-Platz entrolltes Banner für rund 15 Sekunden auf sich aufmerksam zu machen, bevor sie von Polizeikräften vom Platz geschafft wurde. Zehn Tage zu-

vor war außerdem ein US-amerikanischer Student festgenommen und umgehend des Landes verwiesen worden, nachdem er am selben Ort gegen das Verbot der Bewegung protestiert hatte.

Die Protestaktionen haben sich inzwischen zunehmend vom Tiananmen-Platz, dem symbolischen Zentrum des Landes, weg verlagert, wie die Ausstrahlung zweier Falungong-Filme über gekaperte Fernsehkanäle des staatlichen Kabelfernsehens in Changchun, der nordostchinesischen Heimatstadt des Falungong-Gründers Li Hongzhi, Anfang März gezeigt hat (C.a., 2002/3, Ü 12). Die Aktion hat, so weit der undurchsichtigen Quellenlage zu entnehmen ist, äußerst scharfe staatliche Reaktionen in Changchun und umliegenden Teilen der Provinz Jilin provoziert.

Nach offiziellen chinesischen Angaben waren im März 18 Personen identifiziert worden, die unmittelbar an der Organisation und Durchführung des Medien-, „Coups“ in Changchun beteiligt gewesen sein sollen; uneindeutig blieb, ob alle diese Personen gefasst wurden. Gegen neun der Verhafteten wurde inzwischen formal Anklage wegen Sabotage von Medieneinrichtungen und Störung der öffentlichen Ordnung erhoben. Da gegen Mitglieder von „Kulten“, zu denen die Falungong-Bewegung zählt, die strafrechtliche Handhabe in den vergangenen Jahren erheblich verschärft worden ist, könnten einigen der Verhafteten lebenslange Haftstrafen drohen.

Diesen Zahlen stehen weitaus höhere Zahlen von Festnahmen gegenüber, die von der – umgekehrt ebenso interessegeleiteten – internationalen Falungong-Organisation, aber auch von Menschenrechtsorganisationen publiziert worden sind. Hier werden zum Teil horrenden Meldungen verbreitet, wonach in Changchun und der Provinz Jilin mehrere tausend Falungong-Anhänger durch Polizeirazzien aufgegriffen worden sein sollen (auf der offiziellen Falungong-Website ist von über 5.000 Personen die Rede; das Hongkonger Informations Centre for Human Rights and Democracy meldete die Festnahme von mindestens 2.000 Personen). Nachdem die Beijinger Partei- und Regierungsspitze angeblich extremen Druck auf die poli-

tische Führung in Jilin ausgeübt hat, keine ähnlichen Vorfälle mehr zuzulassen, sollen die Sicherheitskräfte der Provinz allein zum Schutz ihrer eigenen Positionen äußerst repressive Maßnahmen gegen die Falungong-Bewegung einsetzen. Die Falungong-Organisation zählte Ende April inzwischen knapp 400 Anhänger, die im Gewahrsam chinesischer Sicherheitsbehörden ums Leben gekommen sind.

Leider lassen sich die Informationen aufgrund der offiziellen Zensurmaßnahmen in China und der klar interessegeleiteten Gegendarstellungen von Seiten der Falungong-Bewegung kaum überprüfen. Dies ist umso beunruhigender, als die Diskrepanzen zwischen den offiziellen chinesischen Angaben und den Berichten der Falungong-Organisation immer größer werden, was zugleich als Zeichen einer zunehmenden Abdrängung des Konflikts in den Untergrund zu deuten ist. (Xinhua, 17.4.02, nach BBC PF, 18.4.02; XNA, 19.4.02; WSJ, 2., 15., 25.4.02; Hong Kong AFP, 2., 12., 25.4.02, nach FBIS, 12., 25.4.02; Information Centre for Human Rights and Democracy, 25.4.02, nach BBC PF, 27.4.02; www.clearwisdom.net; www.faluninfo.net) -hol-

15 Politisches Signal für Fortsetzung der Reform des ländlichen Steuersystems

Der für Reformen der ländlichen Wirtschaft zuständige stellvertretende Ministerpräsident Wen Jiabao hat Mitte April erklärt, dass die Reform des ländlichen Steuersystems fortgesetzt werden solle. Klares Ziel der Regierung sei es, die finanzielle Belastung der bäuerlichen Bevölkerung zu reduzieren und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie die gesellschaftliche Stabilität auf dem Lande zu fördern.

Wen Jiabao traf diese politisch weitreichende Äußerung während einer Inspektionsreise in die Provinz Anhui, wo im Jahr 2000 ein Pilotprojekt zur „Umwandlung von Gebühren in Steuern“ eingesetzt worden war. Erklärtes Ziel dieses Reformexperiments war es, den Wildwuchs an überhöhten administrativen Abgaben und Gebühren, der den Bauern seit Jahren von Verwaltungsbehörden

den und öffentlichen Dienstleistungseinrichtungen abverlangt wird, zu beschneiden. Stattdessen sollte die bäuerliche Bevölkerung einheitlich besteuert werden, wovon man sich insgesamt eine erhebliche Senkung der Einkommensbelastung der Bauern versprach. Das Pilotprojekt wurde allerdings im vergangenen Jahr zurückgenommen, nachdem offenbar wurde, dass in dem reformierten System zu wenig Finanzmittel eingetrieben wurden, um den Bedarf der öffentlichen Haushalte zu decken. Die Folge war, dass die Ausgaben für öffentliche Infrastruktur einschließlich derer für Bildung nicht mehr gedeckt werden konnten (vgl. C.a., 2001/2, S.153-168, 2001/3, Ü 29, 2001/6, Ü 31).

Wenn nun die politische Entscheidung gefallen ist, die Reformen trotz der negativen fiskalischen Folgen für die ländlichen Kommunen fortzusetzen, so kann dies nur bedeuten, dass die Zentralregierung sich zu entsprechenden Zuschüssen an die Kommunen bereit erklärt hat. Offenbar ist die Sorge groß, dass eine fortgesetzte finanzielle Überlastung der ländlichen Bevölkerung sozial destabilisierend wirkt. (XNA, 16.4.02) -hol-

16 Exildissident Yang Jianli in China festgenommen

Während der ersten Reise in seine Heimat China seit 13 Jahren ist der Exildissident Yang Jianli Ende April in Kunming in der südwestchinesischen Provinz Yunnan von Sicherheitsbehörden festgesetzt worden. Der 38-jährige Chinese, der 1986 in die USA ausgewandert war und dort inzwischen ein ständiges Aufenthaltsrecht genießt, hatte die Reise unternommen, um sich einen Einblick in die Hintergründe der jüngsten Arbeiterunruhen in Nordostchina zu verschaffen. Nach Angaben seiner Ehefrau war er mit dem Pass eines Freundes nach China eingereist.

Yang Jianli hatte sich nach seiner Ankunft in den USA einen Ruf als scharfer Kritiker der chinesischen Regierung erworben und in Boston mehrmals Protestaktionen organisiert. Seit 1989 war ihm die Rückreise nach China von den chinesischen Behörden verweigert worden, nachdem er nach Beijing gereist war, um den dort protestierenden Studenten finanzielle Un-

terstützung zukommen zu lassen. Der prodemokratische Aktivist, der einen PhD-Abschluss in Politischer Ökonomie an der Harvard-Universität und einen weiteren im Fach Mathematik an der Universität Berkeley erworben hat, sitzt der „Foundation for China in the 21st Century“ in Boston vor, einem unabhängigen Think Tank, der sich für die Verbreitung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in China einsetzt.

Kurz vor seiner Abreise nach China Mitte April hatte Yang Jianli in einem Interview mit dem Rundfunksender „Voice of America“ geäußert, dass es für ihn und andere Exildissidenten an der Zeit sei, nach China zurückzukehren. In Übersee lebende prodemokratische Aktivisten sollten früher oder später wieder in China aktiv werden, „um ihre Träume zu verwirklichen“.

Unklar ist Anfang Mai der weitere Verbleib des Dissidenten. In einem Telefongespräch mit seiner Frau soll er geäußert haben, dass er auf seine Verhaftung vorbereitet sei. Die US-amerikanische Botschaft hat seine Festnahme bestätigt; mit den chinesischen Behörden wurden diplomatische Kontakte aufgenommen.

Nach mehreren Fällen im vergangenen Jahr, in denen gebürtige Chinesen mit amerikanischer Staatsbürgerschaft bzw. dortigem Aufenthaltsrecht auf Reisen nach China unter verschiedenen Vorwürfen festgenommen worden waren, gibt auch die jüngste Festnahme vielen im westlichen Ausland lebenden Chinesen zu denken. So sehr bei vielen der mehr oder weniger patriotisch begründete Wunsch besteht, eines nicht zu fernem Tages nach China zurückzukehren, um an der Gestaltung der Zukunft des Landes mitzuwirken, haben diese rigiden Reaktionen der chinesischen Sicherheitsbehörden doch eine sehr abschreckende Wirkung. (SCMP, 2.5.02) -hol-

17 Neue Auslegung organisierter „Unterwelt“-Kriminalität im Strafgesetzbuch

Der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses hat auf seiner letzten Sitzung Ende April die Neuauslegung eines Begriffs im Bereich der organisierten Kriminalität beschlossen,

wie er in Art. 294 (Absatz 1) des Strafgesetzbuches enthalten ist. Es handelt sich um den schwer zu übersetzenden Begriff „Organisationen mit dem Charakter schwarzer Gesellschaften“ (*heishehui xingzhi de zuzhi*), wobei der Begriff der „schwarzen Gesellschaften“ landläufig Triaden und andere mafiaähnliche Organisationen im Unterweltmilieu umfasst.

Gemäß der jüngsten Auslegung werden als „Organisationen mit dem Charakter schwarzer Gesellschaften“ solche stabilen kriminelle Vereinigungen verstanden, die über feste Anführer, einen relativ stabilen Kern an Schlüsselakteuren sowie über eine beträchtliche Zahl von Mitgliedern verfügen. Aufgrund ihrer kriminellen Aktivitäten operieren solche Organisationen finanziell unabhängig und sind in der Lage, einen erheblichen negativen Einfluss auf das öffentliche Leben auszuüben, indem sie die wirtschaftlichen Aktivitäten in bestimmten Regionen oder Branchen dominieren.

Mit dieser Definition wurde eine frühere Auslegung der Obersten Volksstaatsanwaltschaft vom Dezember 2000 abgelehnt, die die Involvierung von Staatsbediensteten in die entsprechenden kriminellen Strukturen als notwendiges Kriterium herangezogen hatte, um die besagten „Organisationen mit dem Charakter schwarzer Gesellschaften“ von anderen Formen organisierter Kriminalität zu unterscheiden. So betonte Hu Kangsheng, der stellvertretende Direktor der Kommission für Gesetzgebungsfragen des Ständigen Ausschusses des NVK, dass die besagten Organisationen zwar in vielen Fällen versuchen würden, Staatsbedienstete durch Bestechungen oder Drohungen in ihre kriminellen Netzwerke einzubinden, dass eine Beteiligung von oder Protektion von staatlichen Funktionären aber keineswegs in allen Fällen vorliege.

Mit dieser Entscheidung gegen eine explizite Erwähnung der Involvierung von Staatsbediensteten als Charakteristikum für „Organisationen mit dem Charakter schwarzer Gesellschaften“ zielt die neue Auslegung offenbar darauf ab, eine politische Barriere bei der Verfolgung von Straftaten krimineller Organisationen abzubauen. Wie den Debatten innerhalb des Ständi-

gen Ausschusses des NVK im Vorfeld der Auslegung zu entnehmen ist, stellt die Rücksicht auf möglicherweise involvierte staatliche Funktionäre bislang oft das Hauptproblem bei der Aufdeckung von Verbrechersyndikaten, Korruptions- und Schmuggelringen etc. dar. So wagen die Justizorgane häufig nicht, organisierte Verbrechen zu ahnden, um zu vermeiden, Strafen gegen beteiligte hohe Funktionäre verhängen zu müssen, denen gegenüber sie politisch hörig sind. Ob die neue Auslegung hier Abhilfe schafft, indem sie keinen Generalverdacht gegen zuständige Partei- und Regierungsfunktionäre transportiert, ist allerdings fraglich, da die politischen Hörigkeiten selbst dadurch nicht angetastet werden.

Die jüngste Auslegung dürfte unter anderem eine Reaktion auf den schweren Fall mafiaähnlicher Bandenkriminalität in der nordostchinesischen Stadt Shenyang darstellen, der im vergangenen Jahr aufgedeckt worden war. Dabei war die Involvierung zahlreicher hoher Partei- und Regierungsfunktionäre bis hin zum Bürgermeister der Stadt ans Licht gekommen; gegen mehrere von ihnen wurden inzwischen hohe Strafmaße bis hin zur Todesstrafe verhängt. Erst Mitte April war Liu Yong, ehemaliger Abgeordneter des Shenyanger Volkskongresses und Kopf der lokalen Mafiaorganisation, zum Tod verurteilt worden.

Der Bekämpfung organisierter Bandenkriminalität kommt seit letztem Jahr eine hohe Priorität in der Verbrechensbekämpfung zu. Nach Angaben des Obersten Volksgerichtshofs wurden zwischen April und Dezember 2001 im Rahmen der landesweiten durchgeführten Kampagne zur Verbrechensbekämpfung „Harter Schlag“ über 12.000 Straftäter in 300 aufgedeckten Fällen organisierter „Unterwelt“-Kriminalität festgenommen. 62% von ihnen wurden mit Haftstrafen von mindestens fünf Jahren belegt.

Wie auf einem Kriminologen-Kongress Anfang April in Guangzhou deutlich wurde, rechnet man in China in den kommenden Jahren mit einem stetigen Anstieg der Kriminalität, insbesondere auch der organisierten Bandenkriminalität. Zwar sei man von Strukturen wie der Mafia in Italien, des Ku Klux Clan in den USA

oder gewalttätigen Organisationen in Japan noch weit entfernt. Dennoch sei nicht zu leugnen, dass angesichts der wirtschaftlichen Transformation Chinas mit ihren gesellschaftlichen Verwerfungen auch hier zunehmend kriminalitätsfördernde Faktoren geschaffen werden. Der Beitritt des Landes zu Welthandelsorganisation dürfte diesen Trend noch verstärken. Vor diesem Hintergrund, so wurde argumentiert, komme dem Eingeständnis, dass in China ein Problem der „Unterwelt“-Kriminalität bestehe, eine wichtige Alarmwirkung für die Politik zu. (*Fazhi Ribao*, 29.4.02; *China Daily*, 27.4.02, nach CND, 27.4.02; *Xinhua*, 28.4.02, nach BBC PF, 30.4.02; *Zhongguo Xinwen She*, 5.4.02, nach BBC PF, 9.4.02; *XNA*, 11.3., 19., 25.4.02; *Straits Times*, 19.4.02; eine deutsche Übersetzung des Strafgesetzbuches findet sich in Michael Strupp, *Das neue Strafgesetzbuch der VR China*, Hamburg 1998). -hol-

18 Dorfvorsteher klagt gegen Gemeinderegierung – Einblicke in das Verhältnis von Recht, Moral und Macht

Die offizielle Nachrichtenagentur Xinhua hat Mitte April den Fall eines Dorfvorstehers in der Provinz Shandong verbreitet, der gegen die ihm übergeordnete Gemeinderegierung Klage wegen unrechtmäßiger Suspension von seinem Amt erhoben hat. Der historisch angeblich bisher einmalige Fall wurde im chinesischen und englischsprachigen Nachrichtendienst von Xinhua – mit leichten, aber signifikanten Abweichungen – als positives Beispiel für die Durchsetzung rechtsstaatlicher Praktiken an der gesellschaftlichen Basis ausführlich gewürdigt. Die Meldung gibt interessante Einblicke in das Verhältnis zwischen formellen und informellen Spielregeln, zwischen Recht und Moral vor dem Hintergrund lokaler Machtverhältnisse.

Den offiziellen Pressemeldungen zu Folge war Qin Shouhua, der im März 1999 von den Bewohnern seines Dorfes Xiaoguanzhuang zum Dorfvorsteher gewählt worden war, ein halbes Jahr später auf Veranlassung der dem Dorf administrativ übergeordneten Gemeinderegierung Nigou vom

Dienst suspendiert worden. Die Suspension erfolgte ohne jegliches formales Verfahren; auf einer kurzfristig einberufenen Versammlung wurde ihm einzig mitgeteilt, dass er die ihm im Bereich landwirtschaftlicher Reformen übertragenen Aufgaben nicht angemessen erfüllt habe und sein Amt als Dorfvorsteher daher wegen Inkompetenz niederzulegen habe. Qin Shouhua, der diese Behandlung als ungerechtfertigt empfand, beschäftigte sich daraufhin eingehend mit dem 1988 verabschiedeten „Gesetz zur Organisation von Dorfkomitees“, um festzustellen, dass er als von der dörflichen Bevölkerung gewählter Dorfvorsteher nicht ohne Weiteres auf Geheiß der übergeordneten Gemeinderegierung aus seinem Amt entlassen werden könne. Nach zahlreichen Anläufen, in denen er vergeblich versuchte, eine Klärung mit der Gemeinderegierung von Nigou herzustellen, richtete er schließlich eine Beschwerde an den Volksgerichtshof der wiederum übergeordneten Kreisstadt Zaozhuang, der ein untergeordnetes Stadtbezirksgericht mit dem Fall betraute.

In dem schließlich eingeleiteten Gerichtsprozess argumentierte der Rechtsanwalt des Dorfvorstehers, dass die Suspension Qin Shouhuas durch die Gemeinderegierung einen illegalen Akt darstelle, da die Gemeinderegierung dabei keinerlei formales Prozedere beachtet habe. Die Verteidigung der angeklagten Partei argumentierte demgegenüber, dass die Entscheidung für die Suspension Qins nicht von der Gemeinderegierung, sondern vom lokalen Parteikomitee ausgegangen und die Gemeinderegierung in der Sache somit nicht verantwortlich sei; daher bestehe auch keine gesetzliche Grundlage für eine gerichtliche Klage gegen die Gemeinderegierung. Nachdem vor Gericht dennoch allgemein festgestellt worden war, dass die Gemeinderegierung sich falsch verhalten habe, und nachdem deren Vertreter nach Rücksprache mit dem lokalen Parteikomitee ihre Fehler eingestanden hatten, kam man überein, dass Qin Shouhua seine Klage zurückziehen und eine außergerichtliche Einigung gefunden werden solle. Die Lösung bestand schließlich darin, dass der Bürgermeister von Nigou sich für das frühere Fehlverhalten der Gemeinderegierung persönlich bei Qin Shouhua

entschuldigte und dieser, zweieinhalb Jahre nach seiner Suspension, wieder formal in sein Amt als Dorfvorsteher eingesetzt wurde.

Wie Pressekommentare aus dem Fall schlussfolgerten, zeige sich daran, dass die ländliche Bevölkerung ihre gesetzlich verbürgten Rechte zunehmend erkenne und im Konfliktfall auch einfordere. Vor allem demonstriere das Beispiel den erfolgreichen Übergang von einem System der administrativen Befehlswillkür hin zu einer „Herrschaft durch das Gesetz“, die inzwischen nun auch an der ländlichen Basis Wirkung zeige. Lokale Regierungen müssten aus dem Fall die Lehre ziehen, dass sie bei einer Fortsetzung der überkommenen Befehlsmentalität immer öfter an rechtliche Grenzen stoßen würden. „Die chinesische Verfassung hat klar dargelegt, dass keine Organisationen oder staatlichen Organe das Vorrecht haben, das Gesetz zu übertreten“, so lautete die Quintessenz des didaktisch gehaltenen Kommentars.

Aufschlussreich sind allerdings einige Details, die die politische Kultur an der ländlichen Basis in eigentümlicher Weise beleuchten. So fällt zunächst die äußerst unterbelichtete Rolle der Partei auf: Wie im Gerichtsprozess von der Verteidigung argumentiert wurde, war es das lokale Parteikomitee der Gemeinde, das die Suspension Qin Shouhuas beschlossen hatte – eine Darstellung, die durchaus den realen Machtverhältnissen „hinter den Kulissen“ entsprechen dürfte. Trotz dieser offensichtlichen Letztverantwortung der Partei wurde deren Rolle aber weder im Gerichtsprozess selbst noch in der ausführlichen Medienberichterstattung problematisiert; stattdessen wurde die Gemeinderegierung in die Pflicht genommen. Zwar würdigen die Presseberichte in aufgeklärtem Ton die wachsende formale Rechtsgebundenheit aller staatlichen Organe, doch verdeutlichen sie implizit zugleich, dass die informelle politische Macht der Partei im Hintergrund des Geschehens im offiziellen Diskurs nach wie vor nicht berührt werden kann.

Was zum anderen den Verlauf des Gerichtsprozesses angeht, so erscheint es als bezeichnend, dass der Kläger zunächst alles versucht hat, das Problem auf informellem Weg zu lösen, in-

dem er seit dem Herbst 1999 angeblich neun Mal – vergeblich – bei der Gemeinderegierung vorgespochen hat, bevor er sich schließlich zum Rechtsweg entschloss. Vor allem aber ist bemerkenswert, dass die formale Beschwerde des Klägers im Prozessverlauf zurückgenommen wurde und alle Seiten stattdessen eine außergerichtliche Einigung vorzogen. In diesem Zusammenhang fällt eine signifikante Abweichung zwischen englischem und chinesischem Presstext der Nachrichtenagentur Xinhua auf: Während der englischsprachige Text davon spricht, dass Qin Shouhua den Prozess gegen die Gemeinderegierung „gewonnen“ habe, betont der chinesische Text die Tatsache, dass der Dorfvorsteher die Klage gegen die Gemeinderegierung „zurückgezogen“ habe – und darüber auch sehr erleichtert gewesen sei.

Gegenüber dem westlichen Lesepublikum ist Xinhua damit offenbar bemüht, die Verbreitung rechtsstaatlicher Praktiken in der Lokalverwaltung unter Beweis zu stellen. Gegenüber dem chinesischen Publikum scheint das Hauptziel der Berichterstattung dagegen darin zu bestehen, eine moralische Lehre aus dem Fall zu ziehen. Der Rechtsweg wird zwar beschränkt, aber nicht durchgeföhrt. Dem „Gesetz“ kommt hier nur die Funktion eines didaktischen Instruments zu, um die lokalen Regierungen zu einem moralisch besseren Verhalten zu erziehen. Diese moralische Note kommt sehr deutlich am Ende des offiziellen Kommentars zum Ausdruck, wo es heißt: „Der 'Qin Shouhua-Fall' dient als Warnung für die Regierungen an der Basis: [...] Wenn sie darin fortfahren, die dörflichen Belange im Stil traditioneller Ideen und Arbeitsweisen zu verwalten, so werden sie Gefahr laufen, gerichtlich belangt zu werden. Dies aber heißt nichts anderes, als Partei und Regierung mit Dreck zu bewerfen.“ – Wie diese Gleichsetzung juristischer Sanktionsformen mit der „Beschmutzung“ einer nahezu sakrosankten höchsten politischen Macht nahelegt, gilt die Partei nach wie vor als oberste moralische Instanz, die in dieser Eigenschaft letztendlich über dem Gesetz steht. (Xinhua, 18.4.02, nach BBC PF, 20.4.02; XNA, 20.4.02) -hol-

19 Wachsende Zahl von Verwaltungsklagen

Offiziellen Angaben zu Folge machen chinesische Bürger zunehmend Gebrauch vom Rechtsmittel der Verwaltungsklage, um sich gegen unrechtmäßiges Verhalten von Verwaltungsbehörden zur Wehr zu setzen.

Seitdem 1989 das Verwaltungsprozessgesetz verabschiedet und 1991 ergänzt worden ist, sind nach Statistiken des Obersten Volksgerichtshofes insgesamt 730.000 Verwaltungsprozesse gegen Regierungsstellen angestrengt worden, darunter allein im vergangenen Jahr 2001 über 100.000 Fälle. Bei Verwaltungsklagen von Privatleuten liege die Erfolgsrate bei 30-35% und damit erheblich über dem weltweiten Durchschnitt, der nur rund 10% betrage.

Die meisten Fälle würden auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit, bei Streitigkeiten über Finanz- oder Sachgüter, bei behördlichen Reklamationen von Grund und Boden und bei Umsiedlungsmaßnahmen verzeichnet. Vor dem Hintergrund der zahlreichen laufenden Maßnahmen der Wirtschafts- und Marktregulierung seien insbesondere Klagen im Bereich des Wirtschaftsrechts im Zunehmen begriffen.

Was die regionale Verteilung angeht, so würden die meisten Verwaltungsklagen in den zentralen Landesteilen Chinas angestrengt. Entlang der Ostküste und insbesondere in den Metropolen Shanghai, Beijing und Guangzhou gebe das inzwischen weitgehend ordnungsgemäße Verhalten der Verwaltungsbehörden relativ wenig Anlass für Klagen, während im äußersten Westen des Landes das Rechtsbewusstsein der Bürger oft noch nicht ausreichend ausgebildet sei, um sie in Konfliktfällen den Rechtsweg beschreiten zu lassen.

Der Präsident des Obersten Volksgerichtshofes Xiao Yang pflegte zuletzt wiederholt zu betonen, dass China nach dem Beitritt zur Welthandelsorganisation beschleunigt auf eine Herrschaft des Gesetzes zusteure. Dabei setze sich das Bewusstsein durch, dass Regierungsbehörden und gewöhnliche Bürger vor dem Gesetz vollkommen gleich seien. (XNA, 14.3.02) -hol-

20 Erneute schwere Unfälle im Kohlebergbau

Im April haben sich in mehreren Kohlebergwerken des Landes erneut schwere Gasexplosionen ereignet, die insgesamt mindestens 54 Menschenleben gefordert haben. Die Vorfälle setzen die Reihe schwerer Bergwerksunfälle vom Vorjahr fort (vgl. C.a., 2001/11, Ü 11).

Am 10. April kamen in einer Kohlenmine bei Jixi in der nordostchinesischen Provinz Heilongjiang 24 Bergleute ums Leben; 39 weitere wurden verletzt. Am selben Tag soll sich in einer anderen nahe gelegenen Mine ein weiterer Unfall ereignet haben, bei dem sieben Bergleute ihr Leben verloren.

Zwei Wochen später forderte eine Gasexplosion in einem Kohlebergwerk bei Panzihua in der südwestchinesischen Provinz Sichuan 23 Todesopfer sowie vier Verletzte. Offenbar deshalb, weil es sich bei dem Betreiber der Mine – im Gegensatz zu den zahlreichen kleinen, meist illegal betriebenen Kohleminen – um eine größere eingetragene Unternehmensgesellschaft handelte, zog dieser Fall erhebliche politische Aufmerksamkeit auf sich. So bekundeten in den Folgetagen Ministerpräsident Zhu Rongji, der stellvertretende Ministerpräsident Wu Bangguo, der Parteisekretär und der Gouverneur der Provinz Sichuan sowie Vertreter des Ausschusses des Staatlichen Amtes für Überwachung der Produktionssicherheit und des Allchinesischen Gewerkschaftsbundes den Opfern und ihren Hinterbliebenen ihr Mitleid und forderten eine vollständige Aufklärung der Unglücksursachen.

Seit Jahren ist die Zentralregierung bemüht, die Sicherheitsvorkehrungen in Bergwerken zu verbessern und die Zahl der Unfälle durch striktere Sicherheitsvorschriften einzudämmen. In den vergangenen Jahren wurden zahlreiche Bergwerke mit unzureichenden Sicherheitsvorkehrungen, in den meisten Fällen kleine illegale Privatbetriebe, geschlossen. Nach offiziellen Angaben gab es im Jahr 1997 noch 82.000 solcher kleiner, besonders gefahrenanfälliger Bergwerke; nach mehreren Schließungskampagnen in den vergangenen Jahren (über 11.000 Schließungen im Jahr

2001) soll die Zahl gegenwärtig noch bei 23.000 liegen. Im Laufe des Jahres 2002 soll die Zahl weiter auf 15.000 reduziert werden.

Auch mit gesetzgeberischen Mitteln versucht man, dem Problem beizukommen. So beriet der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses, der Ende April zusammentrat, über zwei Gesetzesanträge zur Produktionssicherheit. Zum einen wurde eine Gesetzesvorlage zur betrieblichen Sicherheit mit erweitertem Geltungsbereich diskutiert, das auf alle Betriebe unabhängig von deren Eigentumsform und Firmensitz anzuwenden sei. Zum anderen wurde eine Gesetzesvorlage vorgestellt, die es zukünftig verbieten soll, in Arbeitsverträgen den Ausschluss von Schadensersatzzahlungen im Fall von Betriebsunfällen festzuschreiben.

Trotz der ergriffenen Maßnahmen liegt die Zahl der Unfälle nach wie vor sehr hoch. Ebenfalls offiziellen Angaben zu Folge wurden im Jahr 2001 erneut über 7.000 Bergarbeiter Opfer von Unfällen, davon 5.600 im Kohlebergbau. Für das laufende Jahr 2002 strebt das Staatliche Amt für Überwachung der Produktionssicherheit eine Reduktion der schweren Bergwerksunfälle um 30% und der leichteren Unfälle um 20% an. Allerdings wurden bereits im ersten Quartal des laufenden Jahres 96 Unfälle in Kohlebergwerken mit 185 Todesopfern verzeichnet, eine Zunahme von 21% gegenüber der Vorjahresperiode. Angesichts der offenbar weiten Verbreitung illegaler Bergwerksbetriebe, die nach einer Schließung die Produktion häufig umgehend wieder aufnehmen, ist durchaus fraglich, ob die gesteckten Zielmarken auch nur annähernd erreicht werden können. (<http://iso.china-labour.org.hk>, Meldung vom 11.4.02; Xinhua, 16., 25.4.02, nach BBC PF, 26.4., 1.5.02; Zhongguo Xinwen She, 9., 27., 28.4.02, nach BBC PF, 13., 29., 30.4.02; XNA, 27.4.02) -hol-

21 Risse in der Drei-Schluchten-Staumauer

Chinesische Staatsmedien haben Mitte April von gefährlichen Rissen in der Staumauer des im Bau befindlichen Drei-Schluchten-Staudamms be-

richtet. Die Meldung wirft erneut bedenkliches Licht auf das den persönlichen Ambitionen Li Pengs zugeschriebene Prestigeprojekt am Yangtze-Fluss, das von Beginn der Planungen an im In- und Ausland äußerst kontrovers diskutiert worden war, in den offiziellen Medien Chinas aber selten offen kritisiert wird.

Die Meldung über die Risse in der Staumauer wurden von Qian Zhengying, ehemals Ministerin für Wasserressourcen und Inspektorin des Drei-Schluchten-Staudamms und heute Vizepräsidentin der Politischen Konsultativkonferenz, publik gemacht. Sie führte die Risse auf die Verwendung minderwertigen Betons beim Bau der über 180 Meter hohen und 2,5 Kilometer langen Mauer zurück. Wenn sich die Qualität des Betons und seiner Verarbeitung im Vergleich zu den Vorjahren auch verbessert habe, führten die weiter bestehenden Mängel in der Materialqualität immer wieder zu Verzögerungen und Unfällen.

Das Auftreten der Risse wurde von Lu Youmei, General Manager der Yangtze Three Gorges Project Development Corp., bestätigt. Seinen Angaben nach seien die Risse, die bis zu 1,25 Millimeter breit und bis zu 2,5 Meter tief seien, durch extreme Temperaturschwankungen entstanden. Nicht nur in der Staumauer selbst, sondern auch in Schleusen- und Schiffshebeanlagen seien solche Risse entstanden.

Der Bau des Staudamms war 1993 in Angriff genommen worden und soll nach mehreren Bau- und Stauphasen 2009 fertig gestellt werden; insgesamt werden die Kosten der Projekts auf mindestens 200 Mrd. Yuan geschätzt. Nach den Zielvorstellungen der chinesischen Regierung soll der Staudamm, das derzeit weltweit größte Bauprojekt, im Endzustand pro Jahr 85 Mrd. Kilowattstunden Elektrizität produzieren. Außerdem soll er die Regulierung des Yangtze-Flusses erleichtern und Flutkatastrophen wie zuletzt im Jahr 1998 vermeiden helfen.

Kritik hat das Staudammprojekt in vielerlei Hinsicht auf sich gezogen. So wird zunächst der ökonomische Nutzen selbst in Frage gestellt; Erfahrungen der letzten Jahrzehnte zeigten, dass dezentrale Stromerzeugung gene-

rell billiger, flexibler und weniger stör-anfällig sei als die zentrale Elektrizitätsgewinnung. Beklagt werden auch die enormen sozialen und finanziellen Kosten der Zwangsumsiedlung von 1,3 Mio. Menschen, die das 632 km² große Überflutungsareal verlassen müssen. Während eines Besuchs in Chongqing im April mahnte Li Peng die zuständigen Kommunalpolitiker, der erfolgreichen Umsiedlung der Betroffenen höchste politische Priorität einzuräumen. Beklagt werden auch die kulturellen Verluste der Überflutung zahlreicher archäologisch und historisch wertvoller Stätten im Yangtze-Tal. Starke Kritik haben aber vor allem Umweltschützer an dem Projekt geübt, die vorhersagen, dass der bereits jetzt hochgradige verschmutzte Fluss in eine giftige Senkgrube für angeschwemmte Abfälle und unzureichend geklärte Abwässer verwandelt wird. Außerdem dürften sich Unmengen von Schlamm und Schlick im Staubereich ansammeln, die auch den physikalischen Druck auf die Staumauer gefährlich erhöhen werden. Da ähnlich große Projekte bislang nicht in Betrieb sind, bestehen zudem Zweifel an der statischen Tragfähigkeit des Damms – Zweifel, die durch die jüngsten Meldungen über Risse im Beton genährt werden. Abgesehen von der militärischen Verwundbarkeit, die ein Derartiges Projekt zwangsläufig mit sich bringt, stehen hier Katastrophenszenarien vor Augen, die die Flutkatastrophe von 1998 leicht in den Schatten stellen könnten.

Ein Dorn im Auge der Betroffenen ist schließlich die stark erhöhte Korruptionsanfälligkeit unter den am Bauprojekt beteiligten Funktionären und Unternehmen. Die Bereitstellung von Milliardensummen für ein Projekt, für das es keine bekannten Kostenmaßstäbe gibt, erzeugt Korruption gewissermaßen von selbst, ein Umstand, der die Befürchtungen noch wachsen lässt, dass die bauliche Qualität geopfert wird. In jedem Fall entsteht hier eine gewaltige Erblast für zukünftige Generationen.

Trotz der substanziellen und nachhaltigen Kritik ist an einen Abbruch der Baumaßnahmen zum gegenwärtigen Zeitpunkt realistisch kaum mehr zu denken. Die wiederholten Meldungen über bauliche Mängel könnten einzig noch dazu füh-

ren, dass sich im weiteren Bauverlauf einige Investoren zurückziehen und der Verkauf von Aktien zur Finanzierung der umfangreichen Projektkosten erschwert wird. In diesem Fall müsste, wie in vielen anderen Fällen auch, der Fiskus einspringen. (CND, 14.4.02; Xinhua, 20.4.02, nach BBC PF, 22.4.02; XNA, 21.4.02; NZZ, 3.4.02) -hol-

22 Neuer Lehrbuch-Kanon für Parteikader

Mit breiten Ankündigungen in der offiziellen Presse ist Mitte April eine neue Lehrbuchreihe erschienen, die künftig als verbindliches Studien- und Referenzmaterial für Parteikader im ganzen Land dienen soll. Die zwölf Bände sind mit einem Vorwort des Generalsekretärs der KPCh Jiang Zemin persönlich versehen, in dem dieser die große Bedeutung fortgesetzter Lernbereitschaft unter Parteimitgliedern für die Zukunft der KPCh und des Landes betont.

Die zwölf neuen Lehrbücher widmen sich einem breiten Spektrum von politphilosophischen, wirtschaftlichen, rechtlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Themen. Beginnend vom Marxismus-Leninismus, den Mao-Zedong-Gedanken und der Deng-Xiaoping-Theorie über die sozialistische Marktwirtschaft, die öffentliche Verwaltung, die Unternehmensverwaltung, das sozialistische Rechtssystem sowie Wissenschaft und Technologie bis hin zu chinesischer Geschichte, Literatur, Sprache und Schrift sowie Kunst sind alle Wissensbereiche abgedeckt, die man für die weitere wirtschaftliche und gesellschaftliche Modernisierung des Landes für relevant hält. Mit der Zusammenstellung der Lehrmaterialien sollen über mehr als zwei Jahre hinweg mehrere hundert Autoren beschäftigt gewesen sein, die sich zusammensetzen aus Experten der Organisationsabteilung und der Propagandaabteilung des ZK der Partei, der Zentralen Parteischule, der Staatlichen Kommission für Wirtschaft und Handel, des Ministeriums für Wissenschaft und Technologie, des Justizministeriums, des Finanzministeriums, des Ministeriums für Personalwesen, des Ministeriums für Landwirtschaft, des Staatlichen Hauptam-

tes für Presse- und Verlagswesen, der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften, der staatlichen Verwaltungsakademie und der Allgemeinen Politischen Abteilung der Volksbefreiungsarmee.

Als Studienmaterial richten sich die neuen Lehrbücher explizit an alle Parteikader von der Kreis- bzw. der Abteilungsleiterebene aufwärts, aber auch andere Parteimitglieder mit Funktionärsposten etwa in Staatsunternehmen sind aufgefordert, das Lehrmaterial zu Rate zu ziehen.

Neben der inhaltlichen Vermittlung der als relevant erachteten Kenntnisse stellt die Publikation der Lehrbücher zugleich einen weiteren wichtigen Schritt in der Kanonisierung des ideologischen Schaffens Jiang Zemins dar. Dies wird bereits an dem Vorwort Jiang Zemins deutlich, das den Bänden vorangestellt ist. Darin stellt Jiang Zemin die neuen Herausforderungen dar, vor die die KPCh angesichts der internationalen wirtschaftlichen und politischen Situation in den nächsten Jahren und Jahrzehnten gestellt sein wird, und mahnt an, dass das eingehende Studium zentraler fachlicher und ideologischer Wissensbereiche „so wichtig wie noch nie in der Geschichte“ sei. Seine eigene Theorie der „drei Repräsentationen“ („Die KPCh repräsentiert die Entwicklungsbedürfnisse der fortschrittlichen Produktivkräfte Chinas, die Ausrichtung der fortschrittlichen Kultur Chinas und die fundamentalen Interessen der breiten Bevölkerung Chinas“, vgl. C.a., 2001/7, S.739-746) ist dabei an prominenter Stelle platziert, womit Jiang Zemin sich nach Mao Zedong und Deng Xiaoping selbst einen Nachruf als dritter großer Staatsdenker der KPCh sichert.

Noch deutlicher aber wird der kanonische Charakter der Publikation an der Tatsache, dass zeitgleich ein gemeinsames Rundschreiben der Organisations- und der Propagandaabteilung des ZK der KPCh ergangen ist, das den vielsagenden Titel trägt: „Rundschreiben zur ernsthaften Umsetzung des in dem 'Vorwort' des Genossen Jiang Zemin enthaltenen Geistes und zur Organisation einer großen Zahl von Kadern zum Zweck des Studiums der ersten Reihe von Lehrmaterialien zur landesweiten Kaderschulung“.

In diesem Rundschreiben werden alle höherrangigen Parteikader dringend angehalten, sich die enthaltenen aktuellen Fachkenntnisse sorgfältig und systematisch anzueignen. Zu diesem Zweck sind sie von ihren Tätigkeiten gezielt freizustellen; das erlernte Wissen soll später auch abgefragt werden. Darüber hinaus sollen die Lehrbücher aber auch als verbindlicher Prüfungstoff für Ämter in der öffentlichen Verwaltung dienen, wie sie in Zukunft vermehrt allgemein ausgeschrieben werden sollen. Vor allem aber weist die wiederholte Beschwörung des „Geistes“ (*jingshen*) von Jiang Zemins Vorwort und die Ableitung der geradezu schicksalsträchtigen Bedeutung eines beflissenen fachlichen und ideologischen Studiums für die Zukunft der Partei auf das dahinter stehende Vorhaben einer Kanonisierung des Erbes Jiang Zemins, bevor dieser auf dem 16. Parteitag im Herbst 2002 voraussichtlich sein Amt als Generalsekretär der KPCh abgibt. (RMRB, 22.4.02; Xinhua, 21.4.02, nach BBC PF, 23.4.02; XNA, 11., 22.4.02) -hol-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

23 Reverse Brain Drain: die Rückkehr der Auslandsstudenten

Nachdem in den achtziger und frühen neunziger Jahren in China Verärgerung und zum Teil Verzweiflung über die geringe Zahl von zurückkehrenden Auslandsstudenten geherrscht hatte, scheint sich die Situation inzwischen verbessert zu haben. Nach Chen Yangjin, stellvertretender Leiter der State Administration of Foreign Experts Affairs (SAFEA), sind von 400.000 Studenten, die seit Ende der siebziger Jahre ins Ausland gingen, bisher 140.000 zurückgekehrt; 90% von ihnen besäßen M.A.- bzw. Dr.-Titel. Die Rückkehrquote ist seit Mitte der neunziger Jahre gestiegen. Mehr als 4.000 Unternehmen sollen von Rückkehrern gegründet worden sein.

Das Phänomen des Auslandsstudiums hat seit dem späten 19. Jahrhun-

dert eine große Bedeutung. Vor allem nach der Niederlage im Krieg gegen Japan (1894/95) waren viele junge Chinesen nach Japan, Nordamerika und Westeuropa gegangen, in den zwanziger und dreißiger Jahren war auch Moskau sehr beliebt. Nach Gründung der Volksrepublik wurden ebenfalls viele Studenten in die Sowjetunion und in andere osteuropäische Länder geschickt, darunter Jiang Zemin, Li Peng, Li Tieying, Luo Gan, Zou Jiahua, etc. Seit Ende der siebziger Jahre sind Japan, die USA und Westeuropa am beliebtesten.

Gegenwärtig gehen etwa 25.000 chinesische Studenten pro Jahr ins Ausland, China scheint damit die größte Zahl von Auslandsstudenten zu besitzen. Mit der Aufnahme in die WTO braucht China mehr Fachleute mit Auslands- und Fremdsprachenkenntnissen, daher sind Regierung und Unternehmen um eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Einkommen für Rückkehrer bemüht. China profitiert auch indirekt von der Wirtschaftsflaute in den USA, denn viele Auslandsstudenten gehen inzwischen davon aus, dass für sie in ihrer Heimat bessere Arbeitsmöglichkeiten existieren. (Xinhua, 6.4.02; *Straits Times* online, 19.4.02; SCMP, 2.1.02) -tk-

24 Große neue Verlagsgruppe in Beijing gebildet

In der chinesischen Hauptstadt wurde am 9. April eine neue Verlagsgruppe – China Publishing Group – gebildet, der die wichtigsten chinesischen Verlage und Buchhandlungen angehören. Zu den 13 Mitgliedern gehören der Volksverlag (Renmin chubanshe), der Volksliteraturverlag (Renmin wenzue chubanshe), Joint Publishing Co. (Sanlian), Commercial Press (Shangwu yinshuguan), Zhonghua shuju, die Xinhua-Buchhandelskette und die China National Publications Import and Export Corporation; dies sind größtenteils lang etablierte, staatliche Unternehmen, die mehr als 5.000 Beschäftigte besitzen.

Die Kombination von Verlagen und Vertriebsorganisationen wirkt zwar ungewöhnlich, hat aber Vorbilder in anderen Teilen Chinas, wo seit 1998 ähnliche Gruppen gebildet wurden. Innerhalb der nächsten zwei, drei Jah-

re will die neue Verlagsgruppe das Management und die Wettbewerbsfähigkeit verbessern, die Buchqualität erhöhen und den internationalen Kulturaustausch fördern. Es ist davon auszugehen, dass hierbei nicht nur Effizienz und Wirtschaftlichkeit erhöht und andere Synergieeffekte erzielt werden sollen, sondern dass insgesamt die Kontrolle über alle Bereiche von Buchproduktion und -vertrieb verschärft werden soll. Ob auch ein Personalabbau geplant oder wahrscheinlich ist, wurde nicht mitgeteilt. Der politische Charakter dieser Reorganisation wurde dadurch betont, dass das Politbüromitglied Ding Guan'gen hierzu offiziell gratulierte; Ding ist auch Direktor der ZK-Propagandaabteilung, die das gesamte Publikationswesen kontrolliert.

Im Zusammenhang mit dieser Entwicklung wurde weiterhin gemeldet, dass gegenwärtig in der Volksrepublik China 566 Verlage existieren – diese Zahl ist seit langem relativ stabil, da Neugründungen nur in seltenen Fällen genehmigt werden. Trotz der geringen Zahl der Verlagshäuser erscheinen häufig die gleichen Bücher in konkurrierenden Verlagen; dies ist vor allem bei Klassikern und Übersetzungen ausländischer Bücher üblich, wobei die Editions- und Übersetzungsqualität häufig kritisiert wird.

Die Neugründung ist auch Folge des WTO-Beitritts und ein Versuch, bei wachsender internationaler Konkurrenz zu überleben. Nach chinesischen Angaben hat zum Beispiel der Bertelsmann Buchklub in der Volksrepublik inzwischen schon 1,5 Millionen Mitglieder und arbeitet weitaus effizienter als chinesische Verlage. (Xinhua, 9.4.02; XNA, 10.4.02; FBIS, 11.4.02) -tk-

25 Erfolgreicher Testflug der chinesischen Raumkapsel Shenzhou 3

Am 25. März startete die Raumkapsel Shenzhou 3 (mit Hilfe einer chinesischen Rakete vom Typ *Langer Marsch*) zu einem einwöchigen Weltraumflug und kehrte am 1. April nach 108 Erdumrundungen nach China zurück; sie startete – in Anwesenheit von Präsident Jiang Zemin – in Jiuquan (Gansu) und landete in der Inneren Mongolei.